



CHAMBRE DES SALARIÉS
LUXEMBOURG



Gemeinsame Pressekonferenz

Die sozial-ökologische Transformation zur politischen Priorität erheben

In der Rede zur Lage der Nation von Staatsminister Luc Frieden Anfang Mai spielte die sozial-ökologische Transformation keine nennenswerte Rolle. Sie wurde lediglich in einer vagen, kurzen Aussage gestreift: „*A mir ergänzen de Klimaplang duerch eng sozial Komponent.*“ Grundlegende, über diese Anmerkung hinausgehende Aussagen zur dringend erforderlichen sozial-ökologischen Transformation suchte man vergeblich.

CSL, LCGB, OGBL und Mouvement Ecologique stellen grundsätzlich fest, dass die sozial-ökologische Transformation in Luxemburg bislang leider keine politische Priorität darstellt. Abgesehen von der grundsätzlich begrüßenswerten Einführung der Vorfinanzierung von Solaranlagen bleiben konkrete, wirksame Maßnahmen bisher aus.

Dabei steht unsere Gesellschaft vor einer der größten Herausforderungen unserer Zeit: dem notwendigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Gas und Öl und dem schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien. Mit anderen Worten: Die sozial-ökologische Transformation muss endlich entschieden eingeleitet werden. Dies erfordert unter anderem:

- den massiven Ausbau erneuerbarer Energien;
- die Nutzung effizienter Technologien;
- und eine veränderte Lebensweise hin zu mehr Suffizienz – etwa durch verstärkte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel statt des privaten Autos, wo immer möglich.

Diese Transformation kann jedoch nur gelingen, wenn sie von umfassenden sozialen Maßnahmen begleitet wird. Denn es sind vor allem Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen, die besonders unter der Klima- und Biodiversitätskrise leiden. Sie wohnen häufiger an stark befahrenen Straßen, verfügen seltener über private oder öffentlich zugängliche Grünflächen, haben geringeren Zugang zu Erholungsräumen, wohnen weiter entfernt von ihrem Arbeitsplatz und leben oft in schlecht isolierten Gebäuden. Ihre Möglichkeiten, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen, sind durch begrenzte finanzielle Mittel stark eingeschränkt.

Zudem ist ausdrücklich hervorzuheben: Menschen mit niedrigem Einkommen gehören nicht zu den Hauptverursachern der Umwelt- und Klimakrise – im Gegenteil.

Eine Analyse der luxemburgischen Verhältnisse durch Diana Ivanova, Senior Research Fellow an der University of Leeds (veröffentlicht auf improof.lu), kommt zu dem Schluss: „*Der durchschnittliche CO₂-Fußabdruck der 10 % größten Emittenten ist immer noch fünfmal so groß wie der der unteren 50 % und liegt deutlich über den Klimazielen.*“ Gleiches gilt im globalen Maßstab: Die reichsten 10 % der Weltbevölkerung verursachen zwei Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen – so das Ergebnis einer aktuellen Studie in *Nature Climate Change*.

Daraus ergibt sich ein klarer politischer Auftrag: Die Politik muss heute Entscheidungen treffen, die gezielt jene Bevölkerungskreise in die Verantwortung nehmen, die überproportional zur Klimakrise beitragen. Klare Vorgaben, Regelungen und Grenzen sind hier unverzichtbar.

Fakt ist außerdem, dass laut den Berechnungen des STATEC zur Kaufkraft der Haushalte und zur Energieprekarität die Ausgaben für Energie einen deutlich höheren Anteil am Budget einkommensschwacher Haushalte ausmachen. Dies spiegelt sich auch in den spezifischen Indikatoren zur Messung von Energieprekarität wider – besonders bei Menschen, die in Mietwohnungen leben. Laut dem *Rapport Travail et Cohésion Sociale 2024* verzeichnete STATEC für das Jahr 2023 einen deutlichen Anstieg der Energiearmut. Besonders stark betroffen sind Mieterhaushalte, bei denen das Risiko in Energiearmut zu geraten, je nach verwendetem Indikator bis zu fünfmal höher liegt.

Hinzu kommt, dass Luxemburg laut der vorläufigen Bilanz der Treibhausgasemissionen für 2023 bereits jetzt in mehreren Sektoren seine Reduktionsziele verfehlt – insbesondere im Bereich der Wohn- und Dienstleistungsgebäude. Angesichts der Klimaziele bis 2030 und des weiterhin schleppenden Fortschritts bei der energetischen Sanierung droht sich diese Zielverfehlung mittelfristig weiter zu verschärfen.

Zudem wird das Wohnen in energetisch ineffizienten Gebäuden zunehmend zu einem finanziellen Risiko – bedingt durch dauerhaft gestiegene Energiepreise seit Ende 2021 sowie die zunehmende Belastung durch die Bepreisung der CO₂ Emissionen, **die in ihrer Wirkung stark regressiv ist. Besonders betroffen sind Haushalte mit geringem Einkommen:** Sie müssen einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Energie aufwenden und leben überdurchschnittlich häufig in schlecht isolierten, energieineffizienten Wohnungen. **Angesichts des wachsenden Risikos von Energiearmut ist die Dekarbonisierung der von einkommensschwachen Haushalten bewohnten Gebäude ein zentraler Baustein für eine inklusive und gerechte Transformation.**

Gleichzeitig ist klar: Die Energietransition betrifft uns alle. Der Umstieg auf erneuerbare Energien und die Reduktion des Energieverbrauchs sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Daher braucht es einerseits gezielte Maßnahmen, um die Hauptverursacher stärker in die Verantwortung zu nehmen, und andererseits umfassende Unterstützung für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen.

Luxemburg hat – wie viele EU-Länder – erste Schritte in diesem Sinne unternommen: Programme zur Förderung von Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen und anderen Technologien wurden eingeführt. **Doch diese reichen bei weitem nicht aus. Und: Sie erreichen bisher vor allem Menschen, die über ein gewisses Einkommen und Eigentum verfügen.** Wer eine Solaranlage installiert oder eine Wärmepumpe einbauen lässt, muss meist Hausbesitzer:in sein und über entsprechendes Kapital verfügen – beides trifft auf einkommensschwächere Haushalte häufig nicht zu.

Das zentrale Manko der Luxemburger Energie- und Klimapolitik:

- Die bestehenden Fördermaßnahmen gehen in der Praxis oft an Menschen mit geringem Einkommen vorbei – sei es wegen fehlendem Eigenkapital, Mietverhältnissen oder baulichen Einschränkungen.
- Gleichzeitig fehlt es an gezielten, niedrigschwelligen Programmen, die diese Haushalte systematisch und wirksam unterstützen.

Zahlreiche Maßnahmen in diesem Bereich – wie energetische Sanierungen von Mietwohnungen oder die Vorfinanzierung von Gebäuderenovierungen – stehen seit Jahren immer wieder auf der politischen Agenda. Sie finden sich regelmäßig in Wahlprogrammen, politischen Reden und Koalitionsabkommen. **Doch in der konkreten Umsetzung ist bislang zu wenig geschehen.**

Die sozial-ökologische Transformation muss endlich zur politischen Priorität erklärt werden. Dazu gehören unter anderem:

- **die konsequente Bekämpfung von Armut (Stichwort: Armutsbericht);**
- **eine gerechtere Steuer- und Verteilungspolitik;**
- **sowie die Entwicklung eines schlagkräftigen nationalen *Plan social pour le climat* (PSC);**
- **und einer darüberhinausgehenden Gesamtstrategie zur Förderung einer sozial gerechten ökologischen Transformation.**

Nur so kann gewährleistet werden, dass der Klimaschutz nicht zu sozialer Spaltung führt, sondern als Chance für mehr Gerechtigkeit genutzt wird.

Die EU hat mit einem neuen Impuls einen wichtigen Schritt in Richtung sozial gerechte Energietransformation gesetzt: Alle Mitgliedstaaten sind aufgefordert, bis 2025 einen *Plan social pour le climat (PSC)* zu erarbeiten. Hintergrund dieser Maßnahme ist die Einführung des neuen EU-Emissionshandelssystems ETS2. Während das bisherige ETS1 vor allem energieintensive Großunternehmen betraf, bezieht sich ETS2 in erster Linie auf den Verkehrs- und Gebäudesektor. Im Rahmen des ETS-Systems werden CO₂-Emissionszertifikate verkauft. Ziel ist es, durch deren sukzessive Verknappung einen Anreiz zur Verbrauchsreduktion zu schaffen. So sind beispielsweise künftig Kraftstoffanbieter verpflichtet, entsprechende Zertifikate zu erwerben – was sich zwangsläufig auf die Endverbraucherpreise auswirken wird. Die EU sieht vor, dass 50 % der Einnahmen aus diesem Handel über den *Fonds social pour le climat (FSC)* an die Mitgliedstaaten zurückfließen. **Diese Mittel sind gezielt für soziale Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Energietransformation zu verwenden.** (*Anhang 1: Ziele des PSC*)

In Luxemburg wurde ein erster Entwurf des *Plan social pour le climat* vom 25. März bis zum 30. April im Rahmen eines öffentlichen Konsultationsverfahrens vorgestellt. Alle Interessierten konnten Anregungen einreichen. Die Arbeitnehmerkammer (CSL), OGBL, LCGB und Mouvement Ecologique haben diese Gelegenheit genutzt und eine gemeinsame 21-seitige Stellungnahme abgegeben. Denn wir sind überzeugt: Es ist höchste Zeit, nicht nur den EU-Vorgaben zu folgen oder bereitgestellte Mittel zu nutzen – sondern endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Haushalte mit geringen Einkommen gezielt zu unterstützen.

Diese gemeinsame Stellungnahme hat eine starke Symbolkraft.

Sie steht für die Überzeugung, dass ökologische und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Und sie unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf: Die aktuelle Regierung muss deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um eine sozial gerechte Klimapolitik voranzutreiben. Der *PSC* ist dabei ein zentraler Baustein. Er sollte nicht isoliert betrachtet werden, sondern als Ausgangspunkt für die rasche Erarbeitung einer umfassenden nationalen Strategie zur sozial-ökologischen Transformation dienen. Die im Folgenden formulierten Anregungen sind als konstruktive Beiträge in diesem Sinne zu verstehen.

Von den zuständigen Ministerien wurde ein erster Entwurf vorgelegt. CSL, OGBL, LCGB und Mouvement Ecologique haben zu diesem Entwurf konkrete und zentrale Verbesserungsvorschläge eingebracht – mit Blick sowohl auf den *PSC* selbst als auch auf eine weiterreichende Klimasozialstrategie.

Der Start der Konsultationen verlief zunächst „unglücklich“: Es fand im Vorfeld kein strukturierter Austausch mit zivilgesellschaftlichen und sozialen Akteuren statt. Inzwischen wurden erste Gesprächsrunden vom Ministerium eingeleitet. Es bleibt zu hoffen, dass diese künftig offen, konstruktiv und effizient gestaltet werden – **denn der Erfolg des *PSC* hängt maßgeblich von einer breiten Einbindung und ernsthaften Beteiligung der Gesellschaft ab.**

1. Für eine gerechte sozial-ökologische Transition braucht Luxemburg ausreichende Finanzmittel – und eine klare, wirksame Strategie

Luxemburg erhält über den *Fonds social pour le climat* finanzielle Mittel zur Umsetzung des Klimasozialplans. Doch darf man sich nichts vormachen: Die verfügbaren EU-Mittel sind begrenzt.

Wer die sozial-ökologische Transition wirklich voranbringen will, muss deutlich mehr finanzielle Ressourcen mobilisieren.

Die Arbeitnehmerkammer (CSL), OGBL, LCGB und Mouvement Ecologique fordern die Regierung daher auf:

- Neben den EU-Mitteln für den PSC ausreichende nationale Finanzmittel im Staatshaushalt für die sozial-ökologische Transition bereitzustellen;
- Besonders relevante kurzfristige Maßnahmen gezielt über den PSC zu finanzieren;
- Und parallel – über die EU-Vorgaben hinaus – kurzfristig eine umfassendere Strategie bzw. einen Aktionsplan zu entwickeln und umzusetzen.

Die von der EU für die Finanzierung des PSC vorgesehenen Mittel sind sehr begrenzt: Gemäß der Verordnung (EU) 2023/955 vom 10. Mai 2023, mit der der Fonds eingerichtet wurde, stehen Luxemburg im Zeitraum 2026 bis 2032 maximal 66.102.592 Euro zur Verfügung – das entspricht lediglich 0,1 % des Gesamtbudgets des Fonds.

Diese Summe wird bei weitem nicht ausreichen, um den sozial-ökologischen Wandel in Luxemburg zu gewährleisten. **Deshalb ist eine intensive Debatte über zusätzliche nationale Finanzmittel unerlässlich. Es wird notwendig sein, ergänzend zu den EU-Mitteln, eigene Mittel bereitzustellen um den Übergang erfolgreich zu gestalten.**

2. Eine faktenbasierte Problemanalyse durchführen und klare, konkrete Hauptziele definieren

Jeder Aktionsplan sollte grundsätzlich auf einer fundierten Analyse der aktuellen Problemlage basieren. Leider ist dies beim derzeit vorliegenden Entwurf noch nicht ausreichend der Fall.

Das eigentliche Ziel muss sein, sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen sowie kleine Betriebe in der sozial-ökologischen Transition mitgenommen werden, widerstandsfähiger gegenüber bestimmten Entwicklungen (z. B. zunehmende Hitze) werden und vor den zu erwartenden Steigerungen der CO₂- und Energiepreise geschützt sind.

Um dies zu erreichen, sollten – idealerweise in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt (STATEC) – Daten und Analysen zu Fragestellungen wie Folgenden vorliegen:

- Welchen Anteil machen die Energiekosten bei betroffenen Haushalten und kleinen Betrieben aus?
- In welchem baulichen Zustand befinden sich die Gebäude und welche Heizsysteme werden genutzt?
- Wie viele der betroffenen Personen leben in Mietverhältnissen, wie viele sind Eigentümer:innen?
- Wie gestaltet sich das Mobilitätsverhalten der Betroffenen, und wie ist das Angebot des öffentlichen Verkehrs?

Ähnliche Fragestellungen sollten auch für kleinere Betriebe geklärt werden:

- Vor welchen Herausforderungen stehen sie im Rahmen der Energiewende?
- Welchen Anteil haben Energiekosten an den Betriebsausgaben?
- Welche sozialen oder ökonomischen Probleme ergeben sich aus Neuerungen der Energietransition für die Betriebe?

Über allem sollten klare Zielsetzungen stehen:

- Welchen Beitrag soll zur Reduktion der CO₂-Emissionen geleistet werden?
- Wie viele Menschen und Betriebe sollen erreicht werden?

Solche Szenarien und Berechnungen müssen die Grundlage für die Priorisierung und Hierarchisierung der Maßnahmen bilden.

Die Umsetzung wichtiger Maßnahmen darf nicht unnötig verzögert werden – beispielsweise sollte die Problematik der energetischen Sanierung im Mietbereich zeitnah angegangen werden.

Gleichzeitig gilt: Für die Erstellung einer umfassenden Strategie sollten die beteiligten Akteure – insbesondere soziale Dienstleister und das STATEC – gemeinsam definieren, welche zusätzlichen Daten für eine faktenbasierte Analyse erforderlich sind. Diese Analyse muss anschließend zügig erfolgen. Nur so können mittel- und langfristige Maßnahmen sinnvoll geplant und priorisiert werden.

3. Zielgruppe eindeutig definieren

Unabdingbare Voraussetzung eines guten PSC ist es, genau festzulegen, welche Haushalte überhaupt von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen profitieren sollen. Das heißt: Es muss präzise definiert werden, was unter den Begriffen „*précarité énergétique*“, „*précarité en matière de transport*“, „*ménages vulnérables*“ sowie „*usagers vulnérables des transports*“ zu verstehen ist – und welche Bevölkerungsgruppen gegebenenfalls darüber hinaus in verschiedenen Phasen der Transition unterstützt werden sollen.

Beim Klimasozialplan räumt die EU den Mitgliedsstaaten einen großen Gestaltungsspielraum ein. Maßnahmen, die über die EU-Vorgaben hinausgehen, liegen ohnehin in der Verantwortung der Nationalstaaten.

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation wurde ein Entwurf des PSC vorgelegt, der jedoch leider nur sehr allgemeine Definitionen enthält und damit keine ausreichende Grundlage darstellt.

Die Arbeitnehmerkammer (CSL), OGBL, LCGB und Mouvement Ecologique erwarten daher von der Regierung, dass sie die unter Punkt 2 genannten Daten transparent vorlegt und gleichzeitig – gemeinsam mit den Sozialakteuren – eine präzise und belastbare Definition dieser zentralen Begriffe für Luxemburg erarbeitet.

4. Sozialhilfen aufgrund der Zielgruppen ausrichten und ggf. überarbeiten

Zur effizienten Ausgestaltung der Umverteilung muss die Entwicklung der Energiepreise für finanzschwache Haushalte deutlich intensiver evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Dabei stellen sich unter anderem folgende Fragen:

- Welche Bevölkerungsgruppen sind von der Energiepreisentwicklung besonders betroffen? Um welche Haushaltstypologien handelt es sich?
- Wie viele Menschen konnten ihre Energierechnungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht begleichen und welchen Typologien gehören sie an?
- Wie viele Haushalte wurden durch finanzielle Unterstützungsmaßnahmen erreicht?
- Welchen Anteil haben die Energieausgaben in den verschiedenen Haushaltstypen?
- Inwiefern profitieren welche Haushaltstypen von steuerlichen Erleichterungen?
- Wie wirksam sind aktuelle Subventionsprogramme und Steuererleichterungen bei finanzschwächeren Haushalten? Werden die angestrebten Ziele erreicht?
- Basierend auf Szenarienrechnungen verschiedener Entwicklungen (z. B. auch im Zusammenhang mit ETS2): Welche Auswirkungen auf die unterschiedlichen Haushaltskategorien sind zu erwarten?

In Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren und dem STATEC sollte definiert werden, welche Daten und Fakten für eine fundierte Analyse notwendig sind. Dabei sollte der Kreis der Beteiligten breit gefasst werden.

Die Ausgestaltung und Höhe der finanziellen Leistungen müssen entsprechend der definierten Zielgruppen und der angestrebten CO₂-Einsparungen angepasst werden.

Kurz zusammengefasst: Es ist essenziell genau zu wissen, wie viele Menschen betroffen sind, welche konkreten Maßnahmen notwendig sind, wie viel finanzielle Mittel dafür benötigt werden, um den Übergang sozialverträglich zu gestalten – und wie diese Maßnahmen finanziert werden können.

5. Den Klimasozialplan sowie die ergänzende Strategie als schlagkräftige Instrumente gestalten

Die Arbeitnehmerkammer, OGB-L, LCGB und Mouvement Ecologique erkennen an, dass der erste Entwurf des Klimasozialplans eine Reihe sinnvoller Maßnahmen für die ökologische Transition enthält. Dennoch weist der Entwurf in seiner jetzigen Form zentrale Defizite auf. Die folgenden Anmerkungen beziehen sich sowohl auf die Überarbeitung des PSC als auch auf die noch zu erarbeitende begleitende Strategie.

5.1. Maßnahmen des PSC nach Dringlichkeit und Wirkung hierarchisieren

Viele der im Entwurf genannten Maßnahmen sind bereits im bestehenden Nationalen Klima- und Energieplan (PNEC) enthalten. Zwar ist eine Verknüpfung beider Pläne sinnvoll, und diverse Instrumente des PNEC sind auch für den Klimasozialplan relevant. Dennoch macht es wenig Sinn, dieselben Maßnahmen mehrfach in verschiedenen Plänen aufzulisten – insbesondere dann, wenn es sich um „gängige Praxis“ handelt oder Maßnahmen, die seit Jahren geplant, aber nicht umgesetzt wurden. Eine erneute Auflistung in einem neuen Plan wird die bestehenden Umsetzungsprobleme kaum lösen.

Ebenso ist eine Verbindung mit dem (noch ausstehenden) Armutsbericht erforderlich.

Bereits beschlossene und bestehende Maßnahmen können zur Vollständigkeit eventuell im PSC erwähnt werden. Entscheidend ist jedoch, klar und konkret darzulegen, welche Maßnahmen nun gezielt und neu aufgrund des Klimasozialplans (sowie der übergeordneten Strategie) mit Nachdruck angegangen, umgesetzt und finanziell unterstützt werden sollen. Andernfalls verliert der Plan an Priorität und Wirkung.

5.2. Bestehende Instrumente evaluieren – Hürden bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen identifizieren und gezielt angehen

Bei der Erstellung des PSC und der dazugehörigen Strategie darf nicht erneut der Fehler begangen werden, eine Vielzahl möglicher Instrumente nur allgemein aufzulisten, ohne deren konkrete Umsetzbarkeit zu überprüfen. Denn es ist bekannt, dass viele Maßnahmen auf diese Weise häufig nicht realisiert werden.

Bestehende Instrumente müssen deshalb systematisch evaluiert werden, um zu überprüfen, inwieweit die gesteckten Ziele erreicht wurden. Dabei sollte analysiert werden, welche Nachbesserungen notwendig sind und an welchen Hindernissen die Umsetzung bisher gescheitert ist. Diese Erkenntnisse sollten genutzt werden, um neue Maßnahmen effektiver und zielgerichteter zu gestalten. Beide Analysen sind entscheidend, damit neue Instrumente tatsächlich erfolgreich sein können.

Dabei stellen sich Fragen wie beispielsweise:

- Sind bei den zuständigen Stellen ausreichende personelle Kapazitäten vorhanden, um die Maßnahmen umzusetzen?
- Liegen Kompetenz- oder Finanzierungsengpässe vor?
- Fehlt ein klarer rechtlicher Rahmen?
- Inwieweit gefährden Zielkonflikte mit anderen Politikfeldern die Umsetzung?

Bei der Planung neuer Instrumente sollten mögliche Hürden frühzeitig antizipiert, offen benannt und aktiv angegangen werden. Eine umfassende Analyse der erforderlichen strukturellen Rahmenbedingungen ist unabdingbar, damit Maßnahmen überhaupt eine realistische Chance auf erfolgreiche Umsetzung haben.

5.3. Im PSC: Statt einer Vielzahl von Instrumenten eine klare Priorisierung der wichtigsten Maßnahmen festlegen

Sogar die EU schreibt vor, dass im *PSC* eine klare Hierarchie der Maßnahmen festgelegt werden soll. Der derzeit vorliegende Entwurf des *PSC* entspricht diesem Anspruch jedoch kaum. Dort werden punktuelle, überschaubare und teilweise bereits umgesetzte Maßnahmen auf eine Ebene gestellt mit grundlegenden, wichtigen neuen Instrumenten, die jedoch kaum konkret ausgeführt werden. Dadurch wirkt der Entwurf eher wie eine Aufzählung überwiegend bekannter Instrumente als ein wirklicher Aktionsplan.

Eine doppelte Vorgehensweise erscheint daher dringend notwendig:

- Im *PSC* sollte eine überschaubare Anzahl klar definierter, wichtiger Instrumente dargestellt werden, die von der EU kofinanziert werden;
- Parallel dazu sollte eine umfassendere, weiterreichende Strategie erarbeitet werden.

Sowohl der *PSC* als auch die ergänzende Strategie müssten:

- Eine klare Priorisierung der Maßnahmen festlegen;
- Eine (gegebenenfalls grobe) Evaluierung der Ziele und der Kosten umfassen;
- Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung festlegen – seien es rechtliche, organisatorische oder finanzielle Aspekte;
- Einen konkreten Zeitplan zur Umsetzung aufzeigen sowie benennen, welche Akteure jeweils welchen Beitrag leisten müssen.

5.4. Konkrete Anregungen bezüglich der Maßnahmen des Klimasozialplans

Zudem seien – über die grundlegende Analyse hinaus – folgende konkrete Anmerkungen zu den im Entwurf enthaltenen Maßnahmen hervorgehoben. Die Unterzeichnenden betonen, dass dies nicht alle relevanten Maßnahmen umfasst, die im Entwurf aufgeführt sind. Nach Ansicht der Arbeitnehmerkammer (CSL), des OGB-L, des LCGB sowie des Mouvement Ecologique ist eine grundsätzliche Umgestaltung des Plans erforderlich. **An dieser Stelle sollen jedoch einige besonders wichtige Maßnahmen herausgestellt werden:**

- Besonders relevant ist aus Sicht der Unterzeichnenden die Förderung von Infrastrukturen, die es den Menschen ermöglichen, die Energietransition aktiv zu gestalten und CO₂-Emissionen zu reduzieren, wie beispielsweise der Ausbau von Wärmenetzen und des öffentlichen Personennahverkehrs;
- Entwicklung gezielter Maßnahmen für den Mietsektor, um die energetische Renovierung verstärkt zu fördern;
- Sozial gerechtere Ausgestaltung des „*Klimabonus Wohnen*“ sowie des „*Top up social*“ durch Erweiterung der begünstigten Haushaltstypen und Anpassung der Subventionen;
- Einführung einer Vorfinanzierung des „*Klimabonus Wunnen*“ und des „*Top up social*“;
- Intensivierung der energetischen Sanierung von bezahlbarem Wohnraum („*logement abordable*“) in öffentlicher Hand;
- Überarbeitung des „*prêt climatique*“ und Wiedereinführung des „*prêt climatique à taux zéro*“ zugunsten einkommensschwacher Haushalte;
- Förderung des „*leasing social*“;
- Vorantreiben der Begrünung von Ortschaften.

Darüber hinaus ist es nach wie vor unerlässlich, die stark regressiven Effekte der umweltbezogenen Besteuerung – insbesondere der CO₂-Steuer sowie der Systeme ETS1 und des künftig geplanten ETS2 – durch soziale Ausgleichsmaßnahmen wirksam abzufedern. Ziel muss es sein, die Auswirkungen auf besonders vulnerable Haushalte zu mildern und sie vor Energiearmut zu schützen.

Obwohl die Regierung mehrfach betont hat, dass die Hälfte der Einnahmen aus der CO₂-Steuer für direkte soziale Ausgleichszahlungen verwendet werden soll, zeigen die Zahlen deutlich, dass dieses Ziel bislang bei weitem nicht erreicht wird.

Ein Vergleich der Einnahmen aus der CO₂-Steuer mit den Steuermindereinnahmen und den Ausgaben für Ausgleichsmaßnahmen verdeutlicht, dass der Anteil der Ausgleichszahlungen deutlich unter der angestrebten

Marke von 50 % liegt. Laut Haushaltsentwurf 2025 betragen die Einnahmen aus der CO₂-Steuer im Jahr 2024 insgesamt 282,1 Millionen Euro – davon wurden über den Crédit d’impôt CO₂ lediglich 85 Millionen Euro (30,1 %) als sozialer Ausgleich ausgezahlt. Selbst wenn man einen Teil der Ausgaben für die Teuerungszulage hinzurechnet, erreicht die Summe der sozialen Ausgleichsmaßnahmen nicht annähernd die Hälfte der CO₂-Steuer-Einnahmen.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen und der zentralen Bedeutung einer angemessenen sozialen Kompensation fordern wir, den crédit d’impôt CO₂ so lange zu stärken, bis der fiskalische Einnahmeausfall durch diese Ausgleichszahlungen mindestens 50 % der CO₂-Steuer-Einnahmen entspricht.

Angesichts des signifikanten Anstiegs des CO₂-Preises pro Tonne im Rahmen von ETS1 sowie der zahlreichen jüngsten europäischen Änderungen, die weitere Preissteigerungen erwarten lassen, fordern wir die Regierung zudem auf, eine umfassende Analyse der regressiven Auswirkungen dieser Preisentwicklung auf die Kaufkraft vulnerabler Haushalte durchzuführen.

Parallel dazu fordern wir die Einführung gezielter sozialer Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere eine generelle Aufwertung des Steuerkredits, damit dieser die steigenden ETS-Zertifikatspreise angemessen berücksichtigt und so einen fairen, sozial verträglichen und ökologischen Wandel ermöglicht.

Anhang 1: Die Ziele des PSC

Der PSC kann die Unterstützung der folgenden Maßnahmen und Investitionen umfassen, die so konzipiert sein müssen, dass sie nachhaltige Wirkungen entfalten (förderfähige Maßnahmen und Investitionen):

- **Unterstützung bei der Renovierung von Gebäuden, insbesondere für schutzbedürftige Haushalte und gefährdete Kleinstunternehmen**, die in den am wenigsten energieeffizienten Gebäuden wohnen bzw. tätig sind, einschließlich Mietern und Personen in Sozialwohnungen;
- **Förderung des Zugangs zu erschwinglichem und energieeffizientem Wohnraum, einschließlich Sozialwohnungen;**
- **Beitrag zur Dekarbonisierung, z. B. durch Elektrifizierung von Heizung, Kühlung und Kochen in Gebäuden**, indem Zugang zu erschwinglichen und energieeffizienten Systemen geschaffen wird und die Produktion sowie Speicherung erneuerbarer Energien integriert wird, unter anderem durch erneuerbare Energie-Gemeinschaften, Bürgerenergiegemeinschaften und andere aktive Kunden, um die Nutzung von Eigenverbrauch erneuerbarer Energien zu fördern – etwa durch Energie-Sharing und Peer-to-Peer-Handel mit erneuerbarer Energie, den Anschluss an intelligente Netze und Fernwärmenetze, was zur Energieeinsparung oder Verringerung der Energiearmut beiträgt;
- **Bereitstellung von Informationen, Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen und gezielter, zugänglicher und erschwinglicher Beratung** zu kosteneffizienten Maßnahmen und Investitionen, zur verfügbaren Unterstützung bei Gebäuderenovierungen und zur Energieeffizienz sowie zu anderen nachhaltigen und erschwinglichen Lösungen im Bereich Mobilität und Verkehr;
- **Unterstützung öffentlicher und privater Stellen, einschließlich Anbieter von Sozialwohnungen, insbesondere öffentlich-privater Partnerschaften**, bei der Entwicklung und Bereitstellung erschwinglicher Lösungen zur Energieeffizienz sowie geeigneter Finanzierungsinstrumente, die mit den sozialen Zielen des Fonds im Einklang stehen;
- **Zugang zu emissionsfreien oder -armen Fahrzeugen und Fahrrädern**, wobei die technologische Neutralität gewahrt bleibt, einschließlich finanzieller Unterstützung oder Steueranreize für deren Anschaffung sowie für geeignete öffentliche und private Infrastrukturen – insbesondere, sofern zutreffend, für den Erwerb emissionsfreier und -armer Fahrzeuge, Lade- und Betankungsinfrastrukturen sowie die Entwicklung eines Markts für gebrauchte emissionsfreie Fahrzeuge; die Mitgliedstaaten bemühen sich sicherzustellen, dass dort, wo emissionsfreie Fahrzeuge eine erschwingliche und umsetzbare Lösung darstellen, deren Unterstützung in ihren Plänen Vorrang hat;
- **Förderung der Nutzung erschwinglicher und zugänglicher öffentlicher Verkehrsmittel und Unterstützung** privater und öffentlicher Akteure, einschließlich Genossenschaften, bei der Entwicklung und Bereitstellung nachhaltiger On-Demand-Mobilität, **von Angeboten geteilter Mobilität und aktiver Mobilitätsoptionen.**